

Inhaltsverzeichnis

Regionales

1. **Biotopschutzeinsätze September 2009**
2. **Pflanze des Monats: Gewöhnlicher Beifuß (Artemisia vulgaris)**
3. **Anti-Atomtreck durch Braunschweig**
4. **Oesel Camp 2010.**
5. **Neue Freiwillige im Ökologischen Jahr: Bettina Mohr**
6. **Ausgleichsfläche für Schüttfeld III 2009 erstmals geflutet**

Überregionales

1. **Die Energiesparlampe: Das Licht der Zukunft?**
2. **Atomenergie ist politisch tot (unser-braunschweig.de vom 06.09.2009)**
3. **Massentierhaltung: Jetzt auch noch Ziegen !**

Termine

Interessante Mails

Interessante Links

Regionales

1. Biotopschutzeinsätze September 2009

Am 04.09.2009 waren wir auf der Sandbeekswiese, wo wir besonders stark verfilzte Bereiche abgeharkt haben. Das Mähgut wurde zu einem großen Haufen zusammengetragen, damit die Landwirtin Bosse das Material besser aufnehmen und daraus Silage machen kann.

Am 11.09.2009 haben wir die „Möma“-Wiese gemäht, das Mähgut anschließend zusammengeharkt und im Container gesammelt. Mit unseren vielen Helfern gelang uns dies an einem Einsatztag. Vielen Dank dafür!

In Meerdorf bei Peine begannen wir mit der Mahd der Schweineweide. Zunächst wurden hier nur die stark eutrophierten Randbereiche hin zum



umgebenden Wald und stark verschilfte Flächen bearbeitet. Bewusst wurden blühende Pflanzen wie Kohldistel und Flohkraut als Nektarquelle für Schmetterlinge u. a. stehen gelassen.

Den letzten Freitag im September haben wir am die besonders steilen Lagen am Klotzberg gemäht. Im Bild ist Jürgen Dittmann zu sehen, der mit dem Freischneider in einer Steillage hantiert. Auch diese Arbeit konnte mit einem Einsatz beendet werden.



♣ Biotopschutz jeden Freitag

Im September fanden Einsätze statt am: **04.09, 11.09, 18.09, 25.09.**

- ♣ Treffen zum Biotopschutz jeweils 13:45 Uhr im BUND-Büro, Schunterstraße 17 oder direkt vor Ort. Ihr könnt auch gerne später dazustoßen. Wir freuen uns auf Euch. Detailinformationen und Anmeldung zur Bildung von Fahrgemeinschaften unter 0531 – 15599 oder info@bund-bs.de

2. Pflanze des Monats

Gewöhnlicher Beifuß (*Artemisia vulgaris*)



Der gewöhnliche Beifuß, im Volksmund auch Wilder Wermut genannt, gehört zur Familie der Korbblütler (Asteraceae). Als Nutz-, Heil- und Gewürzpflanze findet man ihn vor allem auf nährstoffreichen Sand-, Lehm oder Kiesböden.

Große Medizinische Bedeutung hat er bei Verdauungsstörungen, da seine Bitterstoffe die Bildung von Magenflüssigkeit und Gallensaft und somit die Verdauung anregen. Als Gewürz kann man ihn so fettem und schwerem Essen beimengen.

In der Antike wand man ihn oft gegen Wassersucht und Bisswunden an, aber auch gegen Epilepsie und in der Gynäkologie wurde er eingesetzt. Heute wird er medizinisch nur noch in der Homöopathie eingesetzt.

In der traditionellen chinesischen Medizin verwendet man ihn in der Moxa-Therapie.

Hauptinhaltsstoffe sind Thujon, Kampfer, Cineol, Psilostachin und Linalool.

Einige Inhaltsstoffe sind giftig. Vor allem seine giftigen ätherischen Öle machen ihn für eine Aromatherapie ungeeignet.

Die Erntezeit ist von Juli bis September. Man schneidet die oberen Triebspitzen, solange die Blütenkörbchen noch geschlossen sind. Danach werden die Blätter bitter und sind zum Würzen ungeeignet. Die Erntezeit für die Wurzel ist der Spätherbst.

Mythologisches

Beifuß galt im Mittelalter als sehr wirksames Mittel gegen und für Hexerei. Er war Bestandteil vieler magischer Rezepturen. Angeblich wehrt er auch Blitze ab und hält Seuchen fern, wenn man ihn umgekehrt am Dachfirst aufhängt.

3. Anti-Atom-Treck durch Braunschweig

Kuchen, Musik und Traktoren- Großer Andrang beim Empfang des Anti-Atom-Trecks an der Pauli-Kirche

Die Mobilisierungsaktion an der Pauli-Kirche zur großen Anti-Atom Demo am 5.9.09 in Berlin war ein voller Erfolg. Zahlreiche Besucher versammelten sich auf dem Platz vor der Kirche und setzten bei Kaffee, Kuchen und guter Musik ein deutliches Zeichen gegen einen Ausstieg aus dem Ausstieg und damit gegen eine Schwarz-Gelbe Regierung.



An dem Anti-Atom-Treck nahmen Schätzungen zu Folge mehrere hundert Demonstranten teil- darunter Treckerfahrer aus dem Wendland, Lüneburg und Umgebung, der Motorradclub „Kuhle Wampe“ und zahlreiche Radfahrer. Die Demonstranten wirkten überwältigt von dem großen Jubel und der Resonanz der Braunschweiger Bürger auf ihre Aktion. Die

Anhänger der Traktoren waren aufwändig und kreativ geschmückt und viele der Radfahrer zogen kleine scheppernde Atomfässchen in bester Hochzeits-Manier hinter sich her. In den nächsten Tagen setzt der Treck seine Reise über Helmstedt, Morsleben, Magdeburg und Brandenburg (u. a.) fort. Am darauffolgenden Samstag, den 05.09.2009 ging die Treckertour weiter nach Berlin zur großen Anti-Atom-Demo, um direkt in der Regierungshauptstadt ein Zeichen gegen Atomenergie zu setzen. Atomenergie ist politisch tot.

4. Öselcamp 2010

Am 15.9. fand in Wolfenbüttel ein erstes Gespräch zu einem avisierten Öselcamp 2010 statt. Geplanter Termin ist nach den niedersächsischen Sommerferien der 7.8.-28.8.2010. Rahmenbedingungen sind in etwa gleich mit dem Camp in 2008. Die Kreisjugendpflege WF wird wieder den Zeltplatz am Fuße der ASSE als Eigenleistung zur Verfügung stellen. Als Transportmittel stehen Fahrräder zur Diskussion, wobei alle Teilnehmer sich einig waren, dass zumindest ein KFZ vor Ort sein muss. Ob der LKWF ein solches Fahrzeug stellen kann, klärt sich im Frühjahr 2010. Möglicherweise wird der LK versuchen ein von VW gesponsertes Fahrzeug zu erhalten.

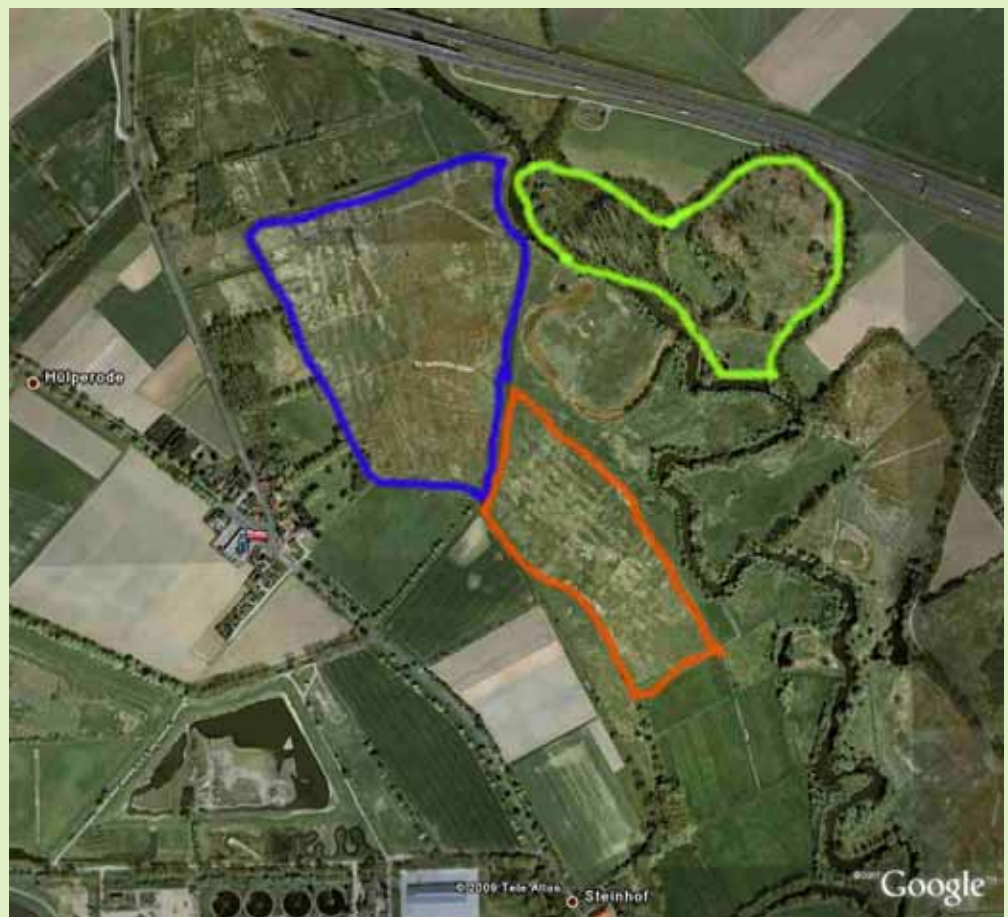
5. Neue Freiwillige im Ökologischen Jahr: Bettina Mohr

Ab dem 01.09.2009 ist das Team der Freiwilligen im Ökologischen Jahr im BUND-Büro Braunschweig mit Bettina Mohr nun komplett. Auch Bettina Mohr unterstützt uns tatkräftig und engagiert. Bei einem ihrer ersten Biotoppflegeeinsätze ließ sie sich von Jürgen Dittmann gleich in die Arbeit mit dem Freischneider einführen. Sie verfügte auch schon über Grundkenntnisse. Wir freuen uns auf ein gutes und schönes Jahr mit „unseren neuen Ökis“.



6. Ausgleichsfläche für Schüttfeld III 2009 erstmals geflutet

Noch im vergangenen Jahrhundert wurde in Watenbüttel auf der Mülldeponie das Schüttfeld III geplant und 1991 auch realisiert. Nun endlich wurde eine der vorgesehenen Ausgleichsflächen zum ersten Mal geflutet. Dabei wurde eine Fläche schwarz gehalten, d.h. die Vegetation wurde untergepflügt und flach überstaut (20-30cm) um Limikolen als Nahrungs-, aber auch als Bruthabitat zu dienen. Bei einer Infoveranstaltung des Umweltamtes bestätigten das Büro LaReg (bearbeitet das Monitoring) und anwesende Ornithologen des NABU, dass die neuen Flächen sehr gut angenommen werden. Auf einer zweiten, mit Schilf bestandenen Fläche, soll



über die Wintermonate bis ins Frühjahr hinein dauerhaft Wasser anstehen. Hier meldete die Jägerschaft ihre Bedenken an. Sie sahen Rückzugsräume für Hasen und Rehe und eigenartiger Weise auch für Schnecken in Gefahr. Dem wurde in der Veranstaltung widersprochen. Den Rückzugsraum brauchen Hase und Reh auch, da zentral im Gelände eine große Jagdkanzel errichtet wird. Derzeit besteht noch nicht die Möglichkeit den Wasserstand auf beiden Flächen unabhängig voneinander zu regulieren. Dies kann nur über die bauliche Veränderung der Stauanlagen ermöglicht werden. Diese Forderung steht noch im Raum. Die begrüßenswerten Maßnahmen östlich der Oker sind, nicht wie Planfeststellungsbeschluss des Jahres 2005 festgelegt, noch nicht in Angriff genommen. Als Maßnahmen waren hier die

Anschließung von Altarmen an die Oker vorgesehen. Laut Verantwortlichen scheiterte dies bislang daran, dass ein dazu benötigtes Grundstück noch nicht im Besitz der Stadt sei.

Lage der Ersatzmaßnahme: Südlich der A2, östlich der B 214.

In Rot die Schwarzfläche, blau die Schilffläche und in grün der Bereich wo Altarme an die Oker angeschlossen werden sollen.

Überregionales

1. Die Energiesparlampe: Das Licht der Zukunft?

Ab dem 01.09.2009 ist der Vertrieb und die Herstellung von Glühlampen teilweise verboten. Dies ist die große Stunde der Kompaktleuchtstofflampen, im Volksmund auch Energiesparlampen genannt.

Energiesparlampen sind das wohl „einleuchtendste“ Beispiel für Energiesparen im Haushalte. Während die klassische Glühlampe nur rund 5 % ihrer Energie tatsächlich in Licht umwandelt – der Rest geht als Wärme verloren –, sind es bei der Energiesparlampe ca. 80 %. Damit verbraucht sie rund 80 % weniger Strom als die Glühlampe. Ein weiterer Vorteil besteht in ihrer wesentlich längeren Lebensdauer.

Wir stellen uns jedoch die Frage, ob die auf den ersten Blick sinnvolle Maßnahme nachvollziehbar ist und alle wichtigen Wirkungen auf die Verbraucher und die Umwelt berücksichtigt werden. Kritiker behaupten, die Energiesparlampen sparten weniger Energie als behauptet und machen außerdem auf den Quecksilbergehalt, die Lichtqualität und gesundheitlich bedenklicher elektromagnetischer Felder aufmerksam.

1. Quecksilbergehalt

Tatsache ist, dass alle Leuchtstofflampen geringe Mengen Quecksilber enthalten, die ein ernstzunehmendes Risiko für Gesundheit und Umwelt sind. Quecksilber wird beim Betrieb der Lampe nicht frei, wohl aber beim Zerschlagen. Es wird so vor allem für Schwangere und Kinder gefährlich, weshalb sie für Kinderzimmer ungeeignet sind. Ein anderes Problem besteht in der Entsorgung. Energiesparlampen gehören auf gar keinen Fall in den Hausmüll, sondern müssen als Sondermüll beseitigt werden. Leider weisen die Hersteller darauf nur unzureichend oder gar nicht hin. Auch entsprechende Rücknahmestellen gibt es bisher zu wenige.

Quecksilber wird auch bei der Verbrennung von Kohle frei. Da die Energiesparlampe Strom einspart, wird auch die Emission von Quecksilber reduziert. Werden die Lampen jedoch nicht fachgerecht entsorgt, erfolgt keine Reduktion von Quecksilber, sondern es kann sogar noch erhöht werden.

2. Die Lichtqualität

An der Energiesparlampe wird das Fehlen von Lichtspektren und Spitzen im blauen Bereich kritisiert. Verbraucher berichten von kaltem und grellem Licht. Außerdem sollen die Lampen nach kurzer Zeit wieder dunkler werden und bräuchten zu lange, um hell zu werden, weshalb sie in Fluren oder Badezimmern eher ungeeignet seien.

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema ist schwierig, weil auch eine Glühlampe kein natürliches Licht gibt. Auch ungeklärte Erkenntnisse zum Thema Kunstlicht machen eine Bewertung schwierig.

Gesundheitsprobleme mit UV- und Blaulicht können durch Verwendung von Qualitätslampen mit doppelter Umhüllung und adäquater Beschichtung größtenteils minimiert oder sogar vermieden werden.

3. Elektromagnetische Felder

Alle elektronischen Geräte, einschließlich Glüh- und Energiesparlampe, geben elektromagnetische Strahlung von sich. Bei der Energiesparlampe entstehen außerdem elektromagnetische Felder durch höhere Frequenzen. Entscheidend für die Gesundheit ist hier der Abstand zur Lichtquelle, der mindestens 1,50 m sein sollte. Im Nahbereich sind folgende Störungen und Wirkungen beobachtet und z. T. nachgewiesen worden sind Störungen der bioelektrischen Steuerungsprozesse, wie z.B. Schlafstörungen oder Immunstörungen. Auch besteht ein Verdacht auf Förderung und/oder Auslösung von Tumoren. Elektromagnetische Strahlung kann technisch nicht vermieden, wohl aber verbessert werden. Auch hier ist eine einfache Betrachtung und Beurteilung schwierig, weil einerseits die Lampe im Haushalt nur eine Quelle von vielen ist und andererseits die Messverfahren noch zu ungenau sind. Lösungen für das Problem könnten sein:

* Erdung von Lampen mit Fassung und Metallgehäuse

* großen Abstand zu den Leuchtquellen von mind. 1,50 m halten



Fazit

Aufgrund des positiven Beitrags der Energiesparlampe zum Energiesparen und Klimaschutz ist die Energiesparlampe als Ersatz der Glühbirne definitiv sinnvoll. Der BUND verbindet damit jedoch erhöhte Anforderungen an Hersteller und Regierung zur Verringerung der Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Dies sind u.a.:

- * Reduzierung der höherfrequenten elektromagnetischen Felder, besonders durch Erdung
- * weiterhin Steigerung der Energieeffizienz
- * Informationspflicht der Hersteller
- * Aufnahme von Grenzwerten und Auflagen zur Verwendung von Quecksilber in die Ökodesign-Richtlinie
- * Verbesserungen der Entsorgung von Kompaktstoffleuchten

Wenn Sie mehr zum Thema wissen möchten, können Sie sich den BUND-Hintergrund herunterladen unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/energie/20090826_energie_energiesparlampen_hintergrund.pdf

2. Atomenergie ist politisch tot (unser-braunschweig.de vom 06.09.2009) von Uwe Meier

Dass die Atomindustrie schwer angeschlagen war, wird kaum jemand bestreiten wollen. Sogar die Atom-Partei CDU nahm inoffiziell schon Abschied von Krümmel. Trotzdem wollen CDU/FDP der Atomindustrie noch einige Rollatoren zur Verfügung stellen, damit sich diese noch etwas bewegen kann. Länger als drei Jahrzehnte lebte diese



Gesellschaft im Energiekonflikt. Die Zeit vermochte nicht den Konflikt beizulegen; im Gegenteil: es bewahrheiteten sich alle Befürchtungen der Atomkraftgegner, die früher noch als inkompetente Spinner abgetan wurden. Die Zeit brachte die schlimmsten Befürchtungen der Atomkraftgegner ans Licht. Es wurde gedreht, getrickst, gelogen, verheimlicht und vergessen. Und das von Seiten der Behörden, der Politik, der Wissenschaft und Wirtschaft. Die Auswirkungen kann man jeden Tag in der Zeitung lesen: Asse und Morsleben saufen ab, Betreiber sind unzuverlässig, eine Atomkraftwerkspanne folgt der anderen. Und - Tschernobyl und Harrisburg sind nicht vergessen - im Gegenteil. Sieht so die angeblich zuverlässigste Atomwirtschaft der Welt aus? Nein, Behörden, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft - alle vier trinken aus einer Tasse - haben sich nicht blamiert, sie haben sich vor der deutschen Bevölkerung unglaubwürdig gemacht und damit diskreditiert. Niemand glaubt ihnen mehr. Zu Recht! Die machtvolle Demonstration in Berlin am 5.9. stellte die politischen Leichensteine für die Atomindustrie auf. Die Findlinge aus dem Wendland, die bei Schacht Konrad, Asse, Morsleben und in Berlin zurückgelassen wurden, dürfen gerne als solche betrachtet werden. "Tot gesagte leben länger", so sagt der Volksmund. Nun, die Atomindustrie und der mit ihr verbündeten Politik von CDU und FDP wird weitertricksen, auf passende Wahlergebnisse hinwirken, Politiker für Aufsichtsräte, Beiräte oder Stiftungen reichlich entlohnt beschäftigen und ihre Lehrlinge zur Demo für Atomkraftwerke auf die Straße schicken. Es wird nichts nützen. Die Atomenergiegewinnung ist tot, weil die alternativen Energien hinreichend bewiesen haben, dass es mit ihnen geht. Sauber, ohne tödliche Rückstände, zukunftsorientiert und weil die Atomindustrie bewiesen hat, dass sie tödliche Probleme erzeugt, die nicht menscheitskompartibel sind. Sie widerspricht ethischen Prinzipien, die eine Gesellschaft zusammen halten. Es ist zu hoffen, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft noch ein politisches Ziel ist. Man könnte zunehmend daran zweifeln. Diese Demonstration hat gezeigt, dass der Protest quer durch alle Bevölkerungsschichten geht und jung und

alt Hand in Hand gemeinsam für den Atomausstieg zusammenstehen.

Die Stadt Braunschweig tut so, als ginge sie das alles nichts an. Dabei befindet sie sich mit Asse, Morsleben und Konrad im Mittelpunkt des Geschehens. Viele Bürger haben das erkannt und handeln. Sie unterstützen den Protest wie letzten Sonntag den Anti-Atom-Treck durch die Stadt oder bei der Lichterkette oder durch Teilnahme an der Demo in Berlin. 12 Busse kamen aus unserer engeren Region und viele sind mit Auto und Bahn gekommen. Es zeigt sich, dass diese Stadt längst gespalten ist. Während die sogenannten Eliten sich selber im Dom eitel feiern, gehen viele Bürger auf die Straße in Sorge um die Zukunft ihrer Kinder.

Diesem Artikel haben wir nichts hinzuzufügen, außer dass unsere neue schwarz-gelbe Regierung diesbezüglich noch reichlich für Diskussionsstoff sorgen wird. Bereits zwei Tage nach der Wahl tauchen die ersten Lobbyisten aus der Deckung auf. So verbreitet Katherina Reiche, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, im ARD-Morgenmagazin vom 29.09.2009, dass FDP und CDU die 17 deutschen Atommeiler länger am Netz lassen und den bereits beschlossenen Atomausstieg kippen wollen. „Wir brauchen die Kernenergie als Brückentechnologie, um Preise stabil zu halten und um unsere Klimaschutzziele erfüllen zu können“ sagte jene Dame.

3. Massentierhaltung: Jetzt auch noch Ziegen !

Das es sich bei der Massentierhaltung um billigen Fleisch-, Eier und Milchkonsum auf Kosten für die Gesundheit von Mensch und Tier handelt, ist bekannt und wird vom BUND nicht akzeptiert.

Jetzt sollen auch Ziegen zur Milchproduktion der Fa. Petri in Holzminden zu Tausenden in Ställen eingepfercht und mit Futterautomaten statt Grasweiden und Lampen statt Tageslicht versorgt werden.

Schutzgebiet soll an Weser für Ziegen-Massentierhaltung verkleinert werden Hannover, 30. September 2009, Pressemitteilung des BUND-Landesverbandes

Der Landkreis Holzminden beabsichtigt, mehr als acht Hektar des Landschaftsschutzgebietes (LSG) "Wesertal" aufzuheben. Dort soll eine Stallanlage für 7.500 Ziegen errichtet werden. Ein Bauantrag für diese erste industrielle Ziegenhaltung in Deutschland, gleichzeitig die europaweit größte Anlage, liegt allerdings noch nicht vor. Ob die Baugenehmigung jemals erteilt werden darf, ist zweifelhaft, denn die geplante ganzjährige Stallhaltung der Ziegen verstößt nach Meinung der Kritiker gegen das Tierschutzgesetz, weil die Haltung von Ziegen ohne Freilauf und Klettermöglichkeiten nicht artgerecht ist.

Der BUND weist darauf hin, dass mit der Aufgabe des LSG zu Gunsten der wirtschaftlichen Interessen eines Betriebes und einiger weniger Arbeitsplätze der gesamte Weserbogen als beliebter und stark frequentierter Erholungsraum entwertet würde. "Die Teillöschung betrifft den landschaftlich reizvollsten und damit empfindlichsten Teil des LSG-Wesertal. Der weitgehend unverbaute Weserbogen bei Heidbrink mit ufernahem Grünland, offenen Feldern mit Gehölzreihen und Gebüsch sowie Laubmischwäldern ist vom Fremdenverkehrsort Polle weithin einsehbar" betont Dr. Marita Wudtke vom BUND Landesverband Niedersachsen e. V. "Bisher wird noch mit dem attraktiven Panoramablick von der Burg Polle geworben - das ist mit den Ziegenställen dann vorbei. Die Gäste der Tourismusschiffahrt, die Camper an der Weser und die jährlich etwa 150.000 Radler auf dem Weserradweg werden auch den Geruch zu spüren bekommen".

Auch der Status von Polle als Luftkurort könne deshalb zukünftig gefährdet sein. Ein anderer Standort wurde vom Betreiber überhaupt nicht in Betracht gezogen, obwohl der Betrieb - Vereinbarkeit u.a. mit dem Tierschutzrecht vorausgesetzt - überall realisiert werden könnte, weil sämtliche Futtermittel zugekauft werden.

Mit der Ziegenstall-Massentierhaltung würden sämtliche Konzepte konterkariert, auf die man sich in den zurückliegenden Jahren in der Region geeinigt hatte. Im Rahmen einer LEADER-Planung der Vogler-Region wurde bspw. mit großer Mehrheit eine touristische Entwicklung des Wesertals als Entwicklungsziel formuliert: Ausbau der Radwege, Erlebnisbauern- und Landschaftspflegehof auf der Domäne. BUND und Samtgemeinde Polle hatte die Ideen schon in einer Machbarkeitsstudie bewerten lassen. Für den Ausbau des Weserradweges und die Sanierung des denkmalgeschützten Kuhstalles durch die Domänenverwaltung des Landes Niedersachsen sind bereits öffentliche Mittel in beträchtlichem Umfang investiert worden. Der Kuhstall wurde in der letzten Woche bereits abgerissen.

Der BUND appelliert an den Kreistag, einer Teillöschung des Landschaftsschutzgebietes nicht zu zustimmen. Auf keinen Fall, bevor die Zulässigkeit des vorgesehenen Ziegen-Massentierstalles zu beurteilen ist. Dabei spielen nicht nur Tierschutzaspekte eine Rolle, sondern auch in unmittelbarer Nähe liegende Naturschutz- und Natura 2000-Gebiete, die durch Luftschadstoffe der Stallanlage in Mitleidenenschaft gezogen werden können. Auch erhebliche Beeinträchtigungen der Laubwälder mit Naturwald und altem Baumbestand könnten zur Unzulässigkeit des Projektes führen. "Ein LSG zu löschen, in der Hoffnung, ein geplantes Vorhaben eines privaten Investors könne vielleicht zulässig sein, ist aus unserer Sicht nicht vertretbar" so Dr. Wudke vom BUND LV Niedersachsen.

Massentierhaltung ist niemals artgerecht und schafft auch keine Arbeitsplätze!

Termine

Jeden Freitag Biotopschutz

Im August: Freitag, 07.08; 14.08, 21.08 und 28.08

Treffen zum Biotopschutz jeweils 13:45 Uhr im BUND-Büro, Schunterstraße 17 oder direkt vor Ort.

Sie können auch gerne später zustoßen.

Detailinformationen und Anmeldung zur Bildung von Fahrgemeinschaften unter 0531 – 15599 oder 0160 - 920 636 96 oder info@bund-bs.de

Jeden zweiten Mittwoch Kindergruppe

Für alle Kinder zwischen 5-10 Jahre, die gemeinsam mit Spiel, Spaß und Abenteuer die Natur erleben wollen, findet ab sofort wieder die Kindergruppe statt. Wir besuchen z.B. zusammen einen Bauernhof, machen Waldralleys oder basteln bei schlechtem Wetter.

Die Kindergruppe findet Mittwochs alle zwei Wochen – außer in den Ferien – von 15 Uhr bis 17 Uhr statt. Treffen immer im BUND-Büro (Adresse siehe oben)



Der nächste Termin ist der 21.10.2009.

Thema: Ich lebe im Laufhaufen - der Igel

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Anmeldung bitte telefonisch unter: 0531-15599. Die Teilnahme ist kostenlos.

Die Arbeitsgemeinschaft Streuobst e.V. – ASt **lädt wie jedes Jahr zum Sammeln von Äpfel für die Sonderpressungen bei Armgart (Saftmosterei in Königslutter) ein**

„Wir laden Sie herzlich ein, uns zu helfen bei der alljährlichen Apfelsammelaktion für Apfelsaft von Streuobstwiesen aus unserer Region.“

Mitzubringen sind: Sammeleimer, evtl. Gummistiefel, Handschuhe, große Planen, Schubkarren und Leitern, wenn möglich. **Koordination:** Sabine Fortak, Tel. 05365-2430

SammlerInnen können dann Saft zum Selbstkostenpreis kaufen. (0,65€ statt 1,05€/Flasche)

Die Sammelaktionen laufen von Sonntag, den 27.09. bis zum 31.10.2009. Genaue Angaben zu den Sammelterminen auf der [Homepage](#).

Interessante Mails

Folgende Mail erreichte uns am 14.09.2009 von Herrn Weber (FEMO Königslutter). Der Geopark Harz hat die grüne Karte für die Mitgliedschaft im Global Geopark Network erhalten. Herzlichen Glückwunsch!

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Auf dem 24. Koordinations-Treffen des Europäischen Geopark Netzwerks (EGN) in Proenca-a-Nova / Portugal hat der Geopark Harz . Braunschweiger Land . Ostfalen am Sonntag, den 13. September, eine grüne Karte erhalten.

Damit wurde als Ergebnis der Evaluation bestätigt, dass alle Qualitäts-Kriterien erfüllt sind, um weitere vier Jahre Mitglied im EGN sowie im UNESCO unterstützten Global Geopark Network zu sein.

Zwei Inspektoren hatten im Mai den Geopark auf einer dreitägigen Rundreise überprüft. Ihr Bericht fiel sehr positiv aus. Lobend hervorgehoben wurden z.B. die neuen Geopark-Pfade und Landmarken, die Infozentren in Königslutter, Salzgitter Salder Clausthal-Zellerfeld, Goslar und Scharzfeld sowie das vom Trägerverein FEMO durchgeführte Umweltbildungsprogramm.

Auch die gute Kooperation mit dem Nationalpark Harz, dem Oberharzer Bergwerksmuseum, dem Landesamt für Denkmalpflege, dem Forschungsinstitut Senckenberg sowie den Landkreisen und Städten der Region wurden herausgestellt.

Besonderes Lob erhielt der Geopark für das neue gemeinsame Corporate Design und für seine Bedeutung als einigendes regionales Bildungs-, Tourismus- und Naturschutzprojekt. Die wenigen bei der letzten Evaluierung vor zwei Jahren offen gebliebenen Fragen seien vollständig ausgeräumt. Künftig müsse das Augenmerk verstärkt auf die personelle und finanzielle Konsolidierung, die Pflege der Einrichtungen und die weitere Zusammenarbeit in den europäischen und globalen Netzwerken gelegt werden.

Nachstehenden Text hat Dr. Henning Zellmer gestern abend aus Portugal übermittelt:

"Gerade eben haben wir ohne Gegenstimme die grüne Karte für unseren Geopark Harz.Braunschweiger Land.Ostfalen erhalten, die nun für 4 Jahre gilt.

Die grüne Karte gilt gleichzeitig für das Globale Geopark-Netzwerk mit Unterstützung der UNESCO.

Gelb, also eine Überprüfung nach zwei Jahren, haben die Geoparks Maestrazgo (Spanien), Subbeticas (Spanien) und der Gastgeber Naturtejo (Portugal) bekommen.

Rot hat leider die Mecklenburgische Eiszeitlandschaft bekommen, weil sie nicht die erforderlichen Personalmittel nachweisen konnte.

Mit einer grünen Karte wurden außer uns Madonie (Sizilien), Eisenwurzen (Österreich), Psiloritis (Kreta), Luberon (Frankreich), Cabo da Gata (Spanien), Sobrabe (Spanien), Gea Norvegica (Norwegen) und die Schwäbische Alb bedacht.

Neu hinzugekommen sind die Shetland-Inseln (Schottland) und der Helmos/Valiaikos Geopark (Griechenland), so dass nun insgesamt 35 Geoparks Mitglied im europäischen Geopark-Netzwerk (EGN) sind."

Für die vielen ehrenamtlichen Menschen und die FEMO-Mitarbeiter, die seit Jahren mit ihrem persönlichem Einsatz die Sicherung dieses Zertifikats betrieben haben, ist es eine persönliche Freude, aber auch Anerkennung.

Der weitere Verbleib im internationalen Netzwerk hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Regionalentwicklung.

Deshalb mein herzlicher Dank an alle Institutionen und Personen, die diesen Weg so kontinuierlich unterstützt haben. Das durch FEMO im Verein mit dem Regionalverband Harz gestaltete Modell trägt Früchte. Wir sind auf einem guten Weg. Der Bericht der Prüfung ist im Anhang zu Ihrer freien Verwendung beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Friedrich Weber

Vorsitzender FEMO e. V.

Ackerwinkel 5

38154 Königslutter am Elm, fon/fax 05353-3409, mobil: 0171 893 8311

E-Mail: kweberbund@aol.com

Interessante Links

Klimawandel und Schutzgebiete

Wie verändert der Klimawandel die Naturschutzgebiete Deutschlands? Diese Seiten bieten einen Überblick, wie sich einige Kennwerte des regionalen Klimas entwickeln könnten - interaktiv abrufbar für über 4000 Schutzgebiete Deutschlands. [mehr auf der Seite Potsdam-Institut für Klimaforschung](#)

[Hier der Link für die Region Braunschweig](#)

Viel Platz für Natur ist in Deutschland nicht geblieben. Umso wertvoller sind Naturschutzgebiete – als landschaftliches Gemeingut, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und als Erholungsraum für Menschen. Mit dem Klimawandel erhöht sich nun jedoch der Druck auf die verbliebenen Flecken Natur. Mitteleuropa wird weniger betroffen sein als andere Regionen der Welt. Doch der Klimawandel wird auch hier bereits ersichtlich und die Veränderungen werden in den kommenden Jahrzehnten fortschreiten.

Das Bundesamt für Naturschutz hat daher das Projekt „Schutzgebiete Deutschlands im Klimawandel – Risiken und Handlungsoptionen“ gestartet. Wissenschaftler vom UFZ Umweltforschungszentrum Halle, der Johannes Gutenberg Universität Mainz, der Fachhochschule Eberswalde und vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) untersuchen, wie sich der Klimawandel auf Schutzgebiete und deren Schutzgüter auswirkt. Wesentlicher Teil der Forschungen ist zu prüfen, wie sich der Naturschutz in Deutschland an den Klimawandel anpassen kann.